
Europäischer Grüner Deal und Gemeinsame Agrarpolitik: Für ein nachhaltiges und klimaneutrales Europa

Erklärung des Vorsitzes

Im Rahmen der Parlamentarischen Dimension der Deutschen Ratspräsidentschaft fand am 5. Oktober 2020 die interparlamentarische Konferenz „Green Deal und Gemeinsame Agrarpolitik: Für ein nachhaltiges und klimaneutrales Europa“ statt. An der Konferenz, die aufgrund der Corona-Pandemie im Videoformat stattfand, nahmen Abgeordnete aus 25 EU-Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament sowie Gäste aus Norwegen und dem Vereinigten Königreich teil. Die Abgeordneten befassten sich mit der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens durch die EU und dem von der Europäischen Kommission vorgestellten Europäischen Grünen Deal, der das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 formuliert. Die inhaltlichen Diskussionschwerpunkte wurden auf die Verknüpfung umwelt- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele der EU, klimaneutrale und intelligente Mobilität der Zukunft sowie auf den Übergang zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU gelegt.

Wir, die Vorsitzenden der Konferenz,

- bekräftigen das Ziel der Weltgemeinschaft und der EU, den globalen Temperaturanstieg gegenüber der vorindustriellen Zeit auf unter 2°C und möglichst auf 1,5°C zu begrenzen. Wir begrüßen deshalb die Vorschläge der Europäischen Kommission für einen Europäischen Grünen Deal, mit dem Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent werden soll. Wir rufen die EU-Institutionen und die Regierungen der Mitgliedstaaten dazu auf, auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2050 ambitionierte Ziele für 2030 zu beschließen und umzusetzen;
- begrüßen, dass die Europäische Kommission mit dem Europäischen Grünen Deal dafür Sorge tragen möchte, die Umwelt zu schützen und nicht auf Kosten zukünftiger Generationen zu leben. Wir stellen fest, dass die Auswirkungen der Klimakrise bereits heute dramatische Ausmaße angenommen haben. Dürren, Überschwemmungen und Waldbrände verursachen enorme Schäden, Armut und Entwurzelung. Wir sind uns bewusst, dass die Klimakrise uns national, europa- und weltweit vor enorme Herausforderungen stellt, denen wir nur gemeinsam begegnen können;
- stellen fest, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sich von allen politischen Akteuren ein entschlosseneres Vorgehen beim Klimaschutz wünscht, jedoch auch Sorgen vor einer Überforderung der Wirtschaft bestehen. Wir sind überzeugt, dass ein gerechter Übergang möglich ist und fordern die EU-Institutionen und die Regierungen der Mitgliedstaaten nachdrücklich dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass bei der notwendigen Transformation im Geiste der Solidarität und des sozialen Wohls niemand zurückgelassen wird

und alle bestehenden Chancen für neue wirtschaftliche Perspektiven und neue Arbeitsplätze ergriffen werden;

- betonen, dass die EU mit der COVID-19-Pandemie, der Klimakrise, den Gefahren für die Biodiversität ebenso wie mit der Transformation der Wirtschaft und der Digitalisierung vor einer Reihe komplexer Herausforderungen steht. Wir sind der Auffassung, dass der Europäische Grüne Deal eine Antwort auf diese Herausforderungen sein kann. Der wirtschaftliche Wiederaufbau zur Überwindung der Rezession muss so gestaltet und ausgestattet werden, dass er zugleich auch zu einem Wendepunkt auf dem Weg zur Klimaneutralität wird;
- bekräftigen, dass innerhalb der EU große nationale und regionale Disparitäten bestehen, die bei der Transformation berücksichtigt werden müssen. Um diese Disparitäten zu verringern, kann der Europäische Grüne Deal mit seinen vielfältigen Projekten einen wichtigen Beitrag leisten. Voraussetzung dafür ist, dass im Mehrjährigen Finanzrahmen und durch das Instrument Next Generation EU hierfür die notwendigen Mittel bereitgestellt werden;
- sind davon überzeugt, dass der Europäische Grüne Deal nur gemeinsam mit den nationalen Parlamenten gelingen kann. Deshalb fordern wir die EU-Institutionen und die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, den Dialog mit den nationalen Parlamenten hierüber weiter zu vertiefen, damit diese noch besser ihren Beitrag dazu leisten können, die Anliegen und Ziele des Europäischen Grünen Deals gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in den Mitgliedstaaten zu erklären und die öffentliche Debatte hierüber zu führen;
- begrüßen, dass weltweit Jugendliche engagiert für das Klima und ihre Zukunft eintreten. Die EU trägt in diesem Zusammenhang eine besondere Verantwortung, da sie neben den USA und China am stärksten zur Klimaerwärmung beiträgt. Die EU hat den Anspruch, bei der Etablierung von Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialstandards global Vorreiterin zu sein und will dies auch im Klimaschutz werden;
- stellen fest, dass die EU über einen starken Verkehrssektor verfügt – sowohl hinsichtlich der Produktion von Kraftfahrzeugen, Schiffen, Zügen und Flugzeugen, als auch hinsichtlich der Infrastruktur und des Verkehrsaufkommens. Während in anderen Bereichen Reduzierungen erreicht wurden, stößt der Verkehrssektor heute mehr Treibhausgasemissionen aus als 1990. Wir fordern die EU-Institutionen und die Regierungen der Mitgliedstaaten daher auf, eine Verkehrswende einzuleiten, die zu einer deutlichen Emissionsminderung des Verkehrssektors führt;
- begrüßen die von der Europäischen Kommission vorgelegte Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ als einen Kernbestandteil des Europäischen Grünen Deals, mit dem der Übergang zu einem fairen, gesunden und umweltfreundlichen Lebensmittelsystem in der EU erreicht werden soll. Wir unterstützen sowohl das Vorhaben, den ökologischen Fußabdruck von Lebensmittelsystemen zu verringern, als auch die Wahl eines umfassenden Ansatzes zur Verbesserung unserer Lebensweise, unserer Gesundheit und des Schutzes der Umwelt;

-
- erachten die Landwirtschaft beim Übergang zu mehr Nachhaltigkeit und bei der Bekämpfung des Klimawandels als Problemlöserin. Die Umsetzung der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ ist eine Chance, die wir nutzen müssen. Hier bedarf es jedoch besonderen Augenmaßes und einer genauen Folgenabschätzung. Feste Produktionsquoten sind gegebenenfalls nicht zielführend, stattdessen sollte sich die landwirtschaftliche Erzeugung an der Nachfrage orientieren. Wir erwarten in diesem Zusammenhang gespannt die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Ankurbelung von Angebot und Nachfrage nach ökologischen Erzeugnissen, die sie für 2021 im Rahmen des Aktionsplans für die Entwicklung einer ökologisch-biologischen Produktion angekündigt hat. Den Einsatz gentechnischer Methoden in der Landwirtschaft bewerten wir dabei unterschiedlich. Der Aspekt der Digitalisierung sollte bei dem Übergang zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem eine größere Rolle spielen, als in der Strategie bislang vorgesehen;
 - sind uns einig darüber, dass die Landwirtinnen und Landwirte in der EU, in ihrer Rolle als Primärerzeuger von Lebensmitteln eine Schlüsselrolle beim Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und der Erreichung der Klimaschutzziele des Europäischen Grünen Deals spielen. Die Landwirtinnen und Landwirte stellen während der COVID-19-Pandemie unter Beweis, dass wir auch in Krisenzeiten auf sie zählen können. Die Versorgung mit qualitativ hochwertigen und gesunden Lebensmitteln ist und bleibt ihr zentraler Auftrag;
 - unterstützen den Ansatz der Europäischen Kommission, eine nachhaltige Lebensmittelproduktion im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik 2021 – 2027 auf den Weg zu bringen, indem die Anreize für Klima- und Umweltmaßnahmen verstärkt werden und dabei wirtschaftlich ausgewogen bleiben. Mindestanteile für Öko-Regelungen bei den Direktzahlungen mit der Grundvoraussetzung der ökologischen Wirksamkeit sowie für Klima- und Umweltmaßnahmen beim Einsatz von Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums können dazu ebenso einen Beitrag leisten, wie ein konkretes Ziel für den Anteil der bis 2030 ökologisch zu bewirtschaftenden landwirtschaftlichen Fläche in der EU;
 - sind der Auffassung, dass der Mehraufwand unserer Bäuerinnen und Bauern für die ökologischen Leistungen entsprechend honoriert werden muss, um den Höfen eine ökonomische Perspektive zu geben, den in vielen Mitgliedstaaten anstehenden Generationenwechsel in der Landwirtschaft zu ermöglichen und das Aufgeben von Betrieben zu verhindern. Ein nachhaltiges Lebensmittelsystem zeichnet sich durch dauerhafte Naturverträglichkeit und eine hohe Wertschätzung sowohl gegenüber Lebensmitteln als auch gegenüber deren Produzenten aus. Die zusätzlichen Aufgaben und Anforderungen müssen durch den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 – 2027 abgedeckt werden;
 - teilen die Einschätzung der Europäischen Kommission, dass die Nachhaltigkeit der Lebensmittelsysteme ein globales Thema ist und die EU in der Pflicht steht, dazu Maßstäbe zu setzen. Dabei wird insbesondere auf den Erhalt der Ernährungssicherheit zu

achten sein, die vor dem Hintergrund komplexer Wertschöpfungsketten im Lebensmittel-sektor krisenanfällig ist. Die Erzeugung von Lebensmitteln nah beim Verbraucher gewinnt daher immer mehr Bedeutung und Attraktivität;

- vertreten die Auffassung, dass die Handelspolitik der EU künftig stärker dazu beitragen muss, die Zusammenarbeit mit Drittländern in Schlüsselbereichen wie Tierschutz, Pesticideinsatz und Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen zu verbessern und entsprechend ambitionierte Zusagen von Drittländern zu erreichen. Europäischen Landwirtinnen und Landwirten darf durch die Umsetzung der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ kein wirtschaftlicher Nachteil auf dem Weltmarkt entstehen.

Für den Vorsitz

Sylvia Kotting-Uhl

Vorsitzende Ausschuss für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit

Cem Özdemir

Vorsitzender Ausschuss für
Verkehr und digitale Infrastruktur

Alois Gerig

Vorsitzender Ausschuss für
Ernährung und Landwirtschaft